

Ratibor in Schlesien im Deutschen Reich

Im 18. Jahrhundert gehörte Ratibor zur steuerrätlichen Inspektion in Neustadt O.S. Nach dem Ersten Schlesischen Krieg fiel Ratibor 1742 mit dem größten Teil Schlesiens an Preußen. Nach der Neugliederung Preußens gehörte Ratibor seit 1815 zur Provinz Schlesien und war ab 1816 Sitz des Landkreises Ratibor, der im selben Jahr vom Regierungsbezirk Breslau zum neugebildeten Regierungsbezirk Oppeln umgegliedert wurde.

Bereits 1812 wurde Ratibor mit der gleichnamigen Herrschaft, die um einige säkularisierte Kirchengüter vergrößert worden war, vom Kurprinzen von Hessen-Kassel erworben. 1820 erhielt es Viktor Amadeus von Hessen-Rothenburg, dem 1834 sein Neffe Viktor von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst folgte. Als dieser 1840 volljährig wurde und sein Erbe antrat, wurde ihm vom preußischen König der erbliche Titel „Herzog von Ratibor und Fürst von Corvey“ verliehen. Nach seinem Ableben 1893 wurde er von seinem gleichnamigen Sohn Viktor II. beerbt.

1821 hatte König Wilhelm I. die Herrschaft Ratibor zum Mediatfürstentum erhoben. Nachteilig für die Stadt Ratibor wirkte sich aus, dass die neuen Herzöge nicht auf dem Schloss Ratibor residierten. Sie verlegten ihre Hofhaltung in das 1810 säkularisierte Kloster Rauden. Ein wirtschaftlicher Aufschwung erfolgte 1846 mit der Eröffnung der Eisenbahnverbindung von Berlin nach Wien, die über Ratibor führte. Mit dem Bau weiterer Nebenlinien wurde die Infrastruktur für die Ansiedlung wichtiger Industriebetriebe geschaffen (wie die Planiawerke AG für Kohlefabrikation).

Ein heute nicht mehr bestehendes Theater kam 1870 hinzu. Am Anfang des 20. Jahrhunderts hatte Ratibor eine evangelische Kirche, vier katholische Kirchen, eine Synagoge, ein Gymnasium, ein Realgymnasium, ein katholisches Schullehrerseminar, eine Taubstummenanstalt und war Sitz eines Landgerichts. Zum 1. April 1903 schied die Stadtgemeinde Ratibor aus dem Landkreis Ratibor aus und bildete nun den selbständigen Stadtkreis Ratibor. Nachdem zum 8. November 1919 die Provinz Schlesien aufgelöst wurde, gehörte Ratibor nunmehr zur neu gebildeten Provinz Oberschlesien und war Sitz der Provinzialbehörde.

Bei der Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921 votierten im Stimmkreis Ratibor Stadt 25.336 Personen (87,98 % der Stimmberechtigten) für einen Verbleib bei Deutschland, 2.227 für Polen (8,79 %). Im Stimmkreis Ratibor Land sprachen sich 25.986 Personen (56,83 % der Stimmberechtigten) für einen Verbleib bei Deutschland und 18.403 (40,25 %) für Polen aus. In Stadt und Landkreis Ratibor zusammengenommen stimmten 30 % für Polen. [10] Durch die östlich verlaufende Grenzziehung verlor Ratibor neben einem Landbesitz auch einen Teil seines wirtschaftlich bedeutenden Hinterlandes.

Preußische Zeit

Mit der Einführung des preußischen Gemeindeverfassungsgesetzes vom 15. Dezember 1933 bestand ab 1. Januar 1934 eine einheitliche Kommunalverfassung für alle preußischen Gemeinden. Die bisherige Stadtgemeinde Ratibor führte nun die Bezeichnung *Stadt*. Im Jahr 1945 gehörte die Stadt Ratibor zum Regierungsbezirk Oppeln in der preußischen Provinz Schlesien des Deutschen Reichs.

Wikipedia (Auszug)